

icht wird von 2 M.
au, sofern
thält, die
Mark für
sind.
ung wird
mmungen
e und an-
st durch
w durch
Danziger
sowie Er-
unwe-
den sind,
n dieser
iere und
fremden
en sind.
der Zoll-
sonderen
zur Aus-
on Flug-
in der
im Ge-
en Stadt
nsnahme
gen sind
sserfahr-
en und
en. Die
sesser Be-
s Regle-
er Ver-
abferti-
richtige
ich nach
melden.
chwerde
enblick
sig, so-
n Waren
fifelhaft
eisfuh-
tät ge-
welche
den Be-
Januar
524.

Wisselpreis 30 Zent.
1. Jahr 1921 Ausgabe 178 mit
1. Ausgabe 700 Zt., mit Beilage im
Gesamtpreis 300 Zt., mit wöchentlich 800 Zt.
2. Ausgabe 1800 Zt.
Der Abonnementenpreis beträgt 40 Mark
und umfasst die Ausgaben im Monat. Die Ausgabe im lokalen Teile 200 Zt.
in die Republiken; für das Ausland kostet
die Ausgabe 1000 Zt.; für die erste Seite
werden zwei Ausgaben angenommen. — Ge-
richte werden nur nach vorheriger Ver-
einigung bezahlt. Überweisungen eingehende
Rechnungen werden nicht aufbewahrt.

Mr. 31

Wodzic

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Mittwoch, den 8. Februar 1922

5. Jahrgang

Die Außenpolitik Polens.

Außenminister Skirmunt hält im Sejm-
ausschuss für Auslandsfragen eine Rede, die in
seiner Meinung eine Rolle, die sie eine
Sicherung der Rechte Polens enthalten, unter-
streichen. Die Außenpolitik Polens gebunden
wird aus den Ausführungen des Ministers
interessieren uns besonders jene Stellen, die sich mit
dem Wiederaufbau Russlands, sowie
mit dem Verhältnis Polens zu Deutschland
und den übrigen Nachbarstaaten
beschäftigen.

Hierüber führte der Minister aus:

Die Politik der polnischen Regie-
rung bewege und bewege sich in zwei Richtungen:
erstens geht sie darauf aus, daß Polen als unmit-
telbarer Nachbar Russlands den geplanten Augen-
blick zur Auseinandersetzung von wirtschaftlichen Bezie-
hungen mit Russland nicht verpaßt und zweitens,
daß Polen der ihm innehaltende Platz in der ge-
meinsamen wirtschaftlichen Zusammenarbeit gesichert
wird.

Was den ersten Punkt anbelangt, so haben im
November vorigen Jahres die gegenseitigen polni-
schen und russischen Vorwürfe und Beschuldigungen
ein Ende genommen und es begannen die einleitenden
Verhandlungen, die die Vorbereitung von
Handels- und anderen, aus dem Negaer Traktat
hervorgehenden Verträgen zum Ziel haben, wobei
der Anfang von politischer Seite gegeben worden
ist. In Sachen der Teilnahme Polens an den allgemeinen Wiederaufbau-
arbeiten in Russland hat sich die polnische
Regierung an die französische gewandt und
als Antrag vor die Sicherung erhalten, daß Frank-
reich auf diesem Gebiet mit Polen aufs engste
verbunden bleibt will. Ein Gedanken austausch
hat auch mit der tschechischen Regierung
begonnen. Die Kosten der Staaten werden
verschieden sein: Polen hat eine gemeinsame
Grenze mit Russland, den Transit Europa nach
Russland, Kenntnis des russischen Terrains und der
Russen, für Frankreich dagegen und Tschechien han-
delt es sich hauptsächlich um Abzug für ihre In-
dustrieerzeugnisse".

"Beim Wiederaufbau Russlands" fuhr Minister
Skirmunt fort, "kann und muß Polen ein positiver
Faktor sein; so wie es sich dann um den Wiederaufbau
Europas handelt, ist Polen ein Objekt, das der Heilung bedarf.
Polens Rolle in erster Augenblick wird um so
bedeutender sein, da mehr es zu gesunden Be-
dingungen des inneren wirtschaftlichen und finan-
ziellen Lebens gelangt".

Minister Skirmunt verlief schließlich die in
Cannes angenommene Resolution und unterstrich,
daß alle Punkte mit Ausnahme eines einzigen (die
gegenseitige Justierung aller Staaten, sich nicht
anzugeben) eigentlich an Russland gerichtet sind.
Für den Preis ihrer Annahme wird der Sovjet-
regierung ihre Anerkennung angeboten,
was in Frankreich und Tschechien mehr
für eine allmähliche Zulassung Sovjetrusslands zur
Teilnahme an den wirtschaftlichen Aufgaben.

Polen hat durch den Negaer Traktat die
Sowjetregierung schon anerkannt. Wenn ihre
Anerkennung von den verbündeten Regierungen zur
Ratze wird, tritt vielleicht auch die Anerkennung
der vom Negaer Vertrag festgelegten Grenzen in
die Nähe. Die Presse erwähnt über eine Aus-
schließung Polens vom Wiederaufbau, und gema-
nifestiert.

Auf eine Frage des Abgeordneten Mataj
berichtete Minister Skirmunt, daß er als seine
Hauptaufgabe die Arbeit daran betrachte, daß
Polen nicht als Hauptfeind der Unruhen
betrachtet werde. Dieses Ziel ist erreicht
worden. Die Bemühungen in der oberschlesischen
Grenze sind von teilweise Erfolg gewesen.
Die Wilnaer Frage ist ebenfalls auf eine bessere
Basis gelenkt worden. Die Erledigung der oft
polnischen Angelegenheit ist in Vorbereitung
des Grundstein der polnischen Außen-
politik bildet ein Anschluß an Russland.
Der Vertrag mit Frankreich ist noch
nicht unterschrieben, wird es aber bald sein.
Einen Beweis der polnischen Friedenspolitik lie-
fert Polen durch die mit der Tschechoslowakei
und Dauzic abgeschlossenen Verträge.

Im Verhältnis zu Sowjetrussland
wollen wir lieber Vermittler sein. Wie ha-
ben Frankreich unsere Dienste angeboten. In der
Hoffnung, daß es zur Anerkennung der Negaer
Grenze beitragen würde. Im Verhältnis zu den
baltischen Staaten ist unsere Politik aktiv.
Die meisten Scherereien haben wir mit Lett-
land, das die Polen ob einer Entschädigung ent-
sietet und eine ant-polnische Politik betreibt. Mit
Estland werden in nächster Zukunft Verhand-
lungen über einen Handelsvertrag angeknüpft
werden, Finnland haben wir unsere Vermitt-
lung zwischen ihm und Russland wegen des kon-
trahenten Vertrages angenommen. Lettland

ist der Auslandesangeboten. Deutschland
wünscht mit uns in allgemeine Verhandlungen
über den Transit mit Russland zu treten. Die
Regierung wird dem Russland gegenüber um so
sicherer auftreten können, je gesunder unsere in-
neren wirtschaftlichen und finanziellen Ver-
hältnisse sein werden."

Auf eine Rede des Abg. Psarrers Auto-
mobilist antwortend, der die Beziehungen zu
Deutschland unter dem Gesichtspunkt des Pro-
gramms der polnisch-französischen Politik Deutsch-
land gegenüber behandelt wissen will, führte
Minister Skirmunt des weiteren aus, daß
Polen in der Angelegenheit des Wiederaufbaus
Russland nicht nur daran interessiert sei, daß
die Wirtschaft dieser richtig, die diese Angelegenheit
erst mit Deutschland erledigen und dann erst
Russland gegenüber auspielen möchten."

Polnisch-französische Abmachungen.

Paris, 7. Februar (Pat.) Gestern
wurde der dritte polnisch-französische
Vertrag unterzeichnet, der sich auf das
Eigenamt und die Rechte von Privatper-
sonen, auf Ausbeutungsrechte pol-
nischer Petroleumgruben sowie auf
Handelsrechte bezieht. Französischerseits
ist der Vertrag von Poincaré und Dier-
polnischerseits vom Gesandten Zamyski
und Kommerzienrat Dolezal unterzeich-
net worden. Mit dem Augenblick der Unter-
zeichnung dieses Vertrages tritt das
polnisch-französische politische Ab-
kommen vom Juni 1921 in Kraft.

Keine Enteignung von Polen in Deutschland.

Vor einiger Zeit ging durch die polnische
Presse die Nachricht, daß im ehemaligen west-
preußischen Abstimmungsgebiet Grundbesitz von
über 3000 M. er zu Siedlungen entzogen werden
sollten. U. a. wurden die Güter des
Großen Sierakowski und des Münzguts
besitzers von Dominierski im Kreise Stolp
genannt. Wie das polnische Konsulat in
Marienwerder in der polnischen Presse be-
kanntgab, entsprechen diese Angaben nicht den
Tatsachen.

Frankfurter der Weltkrise.

Die Weltkrise hat sich seit der Wendung
in Frankreich nicht gelöst und die zu schiedenen
Fragen sind auch heute noch nicht weiter gediehen.

Der Garantievertrag zwischen Eng-
land und Frankreich, über den Brian vor
allem gestärkt ist, ist zwar Gegenstand der Ver-
handlungen, die aber vorläufig zu keinem anderen
Ergebnis führen als den starken Gegen-
satz zwischen den zwei Staaten zu erheben.

Der Plan der Genueser Konferenz
schwelt noch im Unwissen und fürt ist nur das
Negative, nämlich die Entschlossenheit der Ameri-
kaner, nicht teilzunehmen, der Beischluß der Fran-
zosen, die Hauptsoche, um die sich alles dreht, näm-
lich die Reparationsfrage, nicht als Konferenzge-
genstand zu zulassen, und die Schwierigkeit für die
Italiener, angeblich der plötzlich ausbrecheren
römischen Ministrerfei den Termin einzuhalten.

In den orientalischen Angele-
genheiten sieht es nicht besser. Die Pariser Ver-
handlungen über sie ist gleichfalls verlagt und auch hier
ist das Fortbestehen der Gegen-
seitigkeit.

Wölkner und Genau.

Sabotierung der Genueser Konferenz durch
Frankreich.

Paris, 6. Februar. Die französische Regie-
rung hat in einer Birkularnote an die Gru-
ntenkabinette den Standpunkt eingenom-
men, daß der Völkerbund der Konferenz
von Genau vorgehe in dem Sinne, daß
auf der Konferenz nichts unternommen werden
sollte, ohne Beteiligung des Völkerbundes, und daß
in Genau nichts beschlossen werden soll, was der
Autorität des Völkerbundes irgendeine Abbruch
tun könnte. Dieser Standpunkt bedeutet eine Er-
schwernis der Konferenz von Genau.

London, 7. Februar. (Polpr.) Die von der
französischen Regierung angeregte Teilnahme
des Völkerbundes an der Konferenz
in Genau wird in englischen Kreisen als ein
neuer Beweis für gewisse Reibungen zwis-
chen London und Paris gesehen. "Daily
Telegraph" bemerkt, der Erfolg der Konferenz werde
in erster Linie von der Unabhängigkeit der
Völkerbund zu entscheiden haben.

sondern auch, daß sich England nicht von
Frankreich absondere. Unser Verhältnis zu Deutschland ist davon abhängig, ob
Deutschland die Bedingungen des Versailler Ver-
trages als wirtschaftlich anerkennen und sich
mit der Tatsache unseres Bündnisses mit Frank-
reich absindet. Unter solchen Bedingungen sind
wir zu Verhandlungen mit Deutschland bereit,
dem an denselben gelegen ist, besonders in der
Transitfrage. In letzterer wird die Regierung
sehr vorsichtig vorgehen. Obgleich in den pol-
nischen politischen Kreisen die Ansichten über die
Bewertung der Transitfrage geteilt sind, ist wohl
die Wichtigkeit dieser richtig, die diese Angelegenheit
erst mit Deutschland erledigen und dann erst
Russland gegenüber auspielen möchten."

sollte die englische Politik in der Konferenz
von Genau den Anfang des Suchens nach neuen
Wegen zur Rettung Europas sehen.

Frankreich will im Ruhrgebiet eingreifen.

Das Parlament wird gemeldet: Der franzö-
sische Ministerrat hat den Beschluß gefaßt,
dem Oberster Rat wohl vorzustellen zu wer-
den, seine Zustimmung zu der Befreiung der
Ruhr Kohlenverarbeitung und des kau-
zöigen Eisenbahnbezirks durch Eisen-
truppen zu geben, falls durch den deutschen Eisen-
bahnen die Kohlenzufuhr nach Frank-
reich behindert werden sollte. Der Antrag wurde
von der französischen Regierung unverzüglich dem
Oberen Rat überreicht.

Sollte sich diese Meldung bestätigen, so würde
das nur bedeuten, daß Poincaré gewillt ist,
den Anlaß zu benutzen, um das Ruhrgebiet
auch gegen den Willen seiner Verbündeten in die
Hand zu bekommen.

Verständigung im deutschen Eisenbahnerstreik.

Wien, 7. Februar (Pat.) Aus Berlin wird
berichtet: Die Verhandlungen der Minister
Hermes und Gröner mit den Vertretern
der Eisenbahner führten zu einer Verständigung.
Die Delegierten übermittelten den Ver-
bündeten die Erklärungen der Minister hinsichtlich
der zugesandten Lohn erhöhungen, die dem Verhältnis der Zeiterzung entsprechen sollen.

Internationale Sozialisten- konferenz.

Paris, 6. Februar. (Pat.) Hier wurde die
Tagung der Internationalen Sozialistenkonferenz
eröffnet. Die Delegierten Deutschlands und
Italiens sind infolge der inneren Un-
zufriedenheit in ihren Ländern nicht erschienen.
Die Delegierten Englands, Frankreichs und
Belgien sind in ihren Anschaunungen hinsichtlich
der Auseinandersetzung von Unterhandlungen zwischen
der 2. und 3. Internationale uneinig. Der
österreichische Delegierte Adler, der zur Infor-
mation hier eingetroffen ist, sagte die Versendung
einer allgemeinen Einladung zu und erklärte,
dass Wien auf eine Antwort auf die
Meldung warte. Adler hält die Vereinigung
der 2. und 3. Internationale zu gemeinsamer
Aktion für notwendig.

Paris, 6. Februar (Pat.) Die internationale
Sozialistenkonferenz sandte eine Delegation an
die deutschen Sozialisten mit der Benach-
richtigung, daß, infolge Fehlens der deutschen
Sozialisten, die Konferenz am Montag geschlossen
und in kürzester Zeit in Frankfurt wieder er-
öffnet werden soll.

Die tschechische Frage.

Ablehnung des tschechischen
Vorschlags.

Wien, 6. Februar. (Pat.) Danek
richtete eine Note an die tschechische Regierung,
die die Antwort auf den Vermittlungsvorschlag
der tschechischen Regierung hinsichtlich der tschechischen
Streitfrage enthält. Die tschechische Regierung
lehnt darin den tschechischen Vorschlag entschieden
ab und bemerkt, es erscheine ihr wunderlich, wie
die tschechische Regierung, die doch am Nebenfall
Finland auf Russland offen mitgewirkt
habe, die Rolle eines Vermittlers übernehmen
könnte. Die Note schließt mit der Erklärung, daß
über die tschechische Frage, die eine innere
Grenze ist, Russland sei, weder Finnland noch andere Staaten, noch auch die
Völkerbund zu entscheiden habe.

Wodzic mit Rücksicht des nach
dem folgenden Tage abgelaufenen
Schriftleitung und Geschäftsführer:
Wojciechowski Straße 26, Tel. 22.

Bei Vertriebserhaltung durch höhere Gewe-
hrzulieferung oder Ausplausung bei
Belehrer keinen Anspruch auf Nachlieferung
der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspre-
sens.

Eigene Vertriebungen: 1.
Wojciechowski Straße 26, Tel. 22.
2. Splett, Bialystok, Chełm, Rzeszów, Krosno,
Kołomyja, Lwów, Stanisławów, Tarnów, Przemyśl,
Bielawa, Wola, Bielsko.

Januar 1922.

Anwesen: Dąbrowski, Lwów, Bielsko, Siedlce, Spidermann,
Splett, Bialystok.

5. Jahrgang

Protokoll der fraktionsstiftung der Deutschen Sejmvereinigung vom

27. Januar 1922.

Anwesen: Dąbrowski, Lwów, Bielsko, Spidermann,
Splett, Bialystok.

In Anbetracht dessen:

1. daß wir in die politischen Wege und in
die politische Arbeit unseres bisherigen
Mitgliedes des Abgeordneten Friede
keinen Einblick haben.
2. daß wir für diese sich unserer Gleich-
heit entziehende Tätigkeit keine Verantwortung
tragen können, wie es bei jedem Mitglied
nötig ist,
3. daß v. Friede in unserer Fraktion nur
in vereinzelten Fällen vorübergehend zu
seien ist,
4. daß v. Friede an den Sitzungen des Sejms
noch unterem Gefühl nur soweit teilnimmt,
daß er keinen Verlust an den Abgeordneten-
rechten erleidet,
5. daß er eindeutig gesetzten Beschluß
der Fraktion auf Fraktionsempfang, deß er
für die Fraktion auf Fraktionsempfang er selbst als auch
für ihn verbindlich durch Unterschrift er-
kennbar hat, sich nicht sagt und, wie es
erscheint, gegen die Deutsche Fraktion
stimmt,

wird von der Fraktion einstimmig der Auschluß
des Herrn Friede aus letzterer befohlen.

Von diesem Beschluß ist v. Friede und sein
Vorstand des Deutschkundes in Lwów Kenntnis
zu geben.

Der Vorsitzende, Siedlce, Spidermann,
Bialystok.

Zur Kenntnis der Wähler des Wahlbezirks
Lwów.

Lwów, den 7. Februar 1922.

Dr. E. v. Behrens,

1. Vorsitzender des Bundes der Deutschen Polens.

Tschernow über Russland.

Victor Tschernow, der bekannte Führer der
Sozialrevolutionären in Russland, der im
Jahre 1917 zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt
wurde, sprach dieser Tage in Berlin
über die gegenwärtige Lage in Russland. Nach
Tschernow machen sich dort Zeichen eines
Umwälzungsgelingens. Die neue Wirtschafts-
politik der Sowjetregierung habe unter den Er-
beitern große Beunruhigung erweckt. Sie fühlen
sich dem umbrügenden Kapitalismus gegenüber
schwach, ihre früheren Kampforganisationen, die
geworben haben, haben sich in Behörden ver-
wandelt, sind also zu einer aktiven Kampf-
unfähigkeit geworden. Ganz besonders seitlich aber
ist die Lage der Arbeiterschaft gegenüber dem Kapital-
unternehmer, dem Staat selbst, der über die
Bewerbsfähigkeit verfügt. Mit der weiteren
Rückbildung zum Kapitalistischen System glaubt
der Tschernow auf eine schwere Oppositionelle Ein-
stellung der Arbeiterschaft rechnen zu können. Die
Tschernow ihreseit setzt sich bei dem Abzug der
bürgerlichen Apparate, die naturnäher mit der
Rückkehr zu der alten Wirtschaftsform hand zu
hand gehen müßte wieder in ihren mühsam gewonnenen
Tschernow Grundlagen bedroht und besiegeln
beginnt in ihr, glaubt Tschernow, wieder der alte
Hab gründen die Bölschewisten zu erwachen. Aus
diesen Gründen glaubt Tschernow, fehlten zu
sehen, daß die Verbündeten in Russland allmäh

Gegen die Lynchjustiz in Amerika.

Neuwurk, 6. Februar. Nach einer "Times" Meldung hat das Repräsentantenhaus den Gesetzentwurf betreffs Einsicht in die der Lynchjustiz in den Vereinigten Staaten angesehenen. In dem Gesetzentwurf sind für Lynchjustiz folgende Strafen festgesetzt:

1. Eine Geldstrafe von 6000 Dollar oder 5 Jahren Gefängnis für jeden Beamten, der es unterläßt, alle erlaublichen Maßregeln zur Verhütung eines Lynchattentats zu ergreifen; 2. 5 Jahre Gefängnis für jeden Beamten, der dem Drängen einer Menge auf Ausübung der Lynchjustiz nachgibt oder sich mit Schlägen fürsetzt; 3. der Staat, in dem ein Bruchfall vornehmlich ist, wird mit einer Geldstrafe von 10 000 Dollar belegt und muss die Verhütung auf sich nehmen, den hinterbliebenen Besitzers eine Entschädigung zu zahlen.

Lokales.

Lodz, den 8. Februar 1922.

Ein mißlungenes Versuch des Generalsuperintendenten.

Gestern, um 4 Uhr nachmittags fand im Kinotheater der St. Joannisgemeinde eine von Herrn Generaluperintendenten Bursche einberufene Versammlung statt. Obwohl nur eine beschränkte Zahl von schriftlichen Einladungen erteilt worden war, hatten sich auf Grund einer gebrüderlichen Notiz auch viele ungeladene Gemeindemitglieder eingefunden.

Der Herr Generalsuperintendent wies in einer Ansprache auf die Gefahren hin, die der evangelischen Kirche von 3 Seiten drohen. Die steigende Macht der römisch-katholischen Kirche ist es vor allem, die unserer Kirche gefährlich zu werden bekennt.

Im Inneren ist es das Säkularwesen, das sich immer mehr verbreitet und unserer Kirche schädigt. Dafür — meinte der Redner —, auch die von verschiedenen Seiten in die Wege geleiteten Versprechungen zur Gründung einer Freikirche. Die dritte Gefahr für unsere Kirche besteht darin, daß sie zwei Nationalitäten in ihrem Schoß vereint, die deutsche und die polnische, die einen niedliches Zusammensein sich in letzter Zeit immer schwieriger gestaltet, ja sogar mit einer Spaltung droht.

Ein wils mes Mittel, dieses Gefahren zu begegnen und die Kirche zu schützen, sieht der Herr Generalsuperintendent in einer außerordentlichen Organisation der Evangelischen und schlägt zu diesem Zweck die Gründung einer "Evangelischen Vereinigung" vor. Auf Wunsch der Versammlung verließ Herr Bursche die Satzungen, worauf er die Ausweitung hielt, zu dieser Frage Erwähnung zu nehmen.

Herr Bursche beantragt eine Unterbrechung von 10 Minuten mit der Begründung, daß der Vorschlag des Herrn Generalsuperintendenten völlig überredend kommt, und die Versammlung fühlte Fühlung untereinander nehmen müssten.

Nach der Unterbrechung ergriff Herr Dr. von Behrens das Wort. Er wies darauf hin, daß die Schäden im Inneren liegen und daß man dort aufzuhalten müsse, um eine Heilung des kranken Körpers herbeizuführen. Dies aber wäre Aufgabe des Konstitutums und der Pastoren. Von ihnen vorliegend hängt es ab, wie sich das Leben der Kirche gestaltet. Die Kirche ist an und für sich schon eine genügende Organisation, die die Vertiefung des religiösen Lebens zur Aufgabe habe. Die Gründung eines neuen und dazu einzig außerordentlichen Bundes von Religionen offen sei daher überflüssig. Redner forderte die Pastoren zu, sich enger völkisch, sprachlich und gesellschaftlich mit ihren halbverlorenen Brüder zu einigen. Wo 20 Prozent der Gemeindemitglieder deutsch sind, deutsch denken und deutsch fühlen, da sollen die Seelsorger sich nicht zu feindlich gehaltenen Gegengruppen schlagen lassen.

Berliner Leben.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

In der letzten Woche stand Deutschland im Zeichen der Kälte und der Brände. So felsam es auch auf den ersten Blick anmuten mag, so stehen doch beide Ereignisse im engsten Zusammenhang. Alle Brüder wissen, daß in Seitenrohre Kälte eine Hölle in der Brüder eintritt. Namentlich sind in solchen Tagen Subenbrände nichts Seltsams, weil durch Überheizung der Löcher und anderer Heizanlagen die sich sonst nicht bewerkstelligen Wärme zu Tage treten und durch ihre schadhafte Säulen leicht eine Feuergefahr herauftreten.

Durch eine solche beschädigte Heizanlage hat Deutschland, wie bereits gemeldet wurde, das ehemalige Hoftheater in Düsseldorf verloren. Das Theater ist völlig eingestürzt worden; ein außerordentlicher Verlust für die Stadt Düsseldorf und ihre Bürger, wenn man es mit welcher Liebe und welchem Stolz sie an ihrem Theater hing. Das ehemalige Hoftheater war eine der besterhaltenden Bühnen der deutschen Kultur und es ist in erster Linie dem Vater des vorstorbene lebendigen Herzogs verdankt, einem sehr kunststarken und bedeutsamen Geldern — das anhaltende Herzogshaus ist außerordentlich vermögend — hat der Fürst sein Theater zu einem angesehenen Kunstmuseum gemacht, das nicht nur das Schauspiel, sondern auch die Oper und selbst das Ballett eifrig pflegte. Hat doch selbst ein Michael Woxner gestehen müssen, in Düsseldorf eine voll-

Herr Abt Spickermann gab seiner Verzweiflung dahin Ausdruck, daß die bestehende kirchliche Organisation völlig austreichen müsse, um die religiösen Interessen der Evangelischen wieder zu schützen. Wenn das Konstitutum für die Bedürfnisse und Würde der Kirche nutzlos, ohne sich zu schämen, im äußersten Falle sogar im Auslande für uns Schutz zu suchen, eintreten wird, wird es auch alle Gemeindemitglieder einig und stark hinter sich haben. Kirchen dürfen sich nicht führen lassen.

Herr Feige gab in kräftigen und ungeschickten Worten seiner Empörung über die Unzulänglichkeit der in evangelischen Kirchen gelebten Missleben Ausdruck und warf dem Betrachter Konstitutum Mangel an Energie in der Verfehlung der Rechte und der Ehre der ungelebten Kirche eilig an.

Herr Pastor Krenz-Pabionica trat scharf gegen die beiden ersten Redner auf und eigte sich als Anhänger der von seinem Vorgänger vergeschlagenen Gründung eines evangelischen Bundes.

Herr Kirchenvorsteher Triebel sprach in überzeugenden Worten von dem inneren religiösen Gefühl, das die Kirche pflegen soll, was sie aber leider nicht tut. Das Konstitutum und die Pastoren sind von ihrer eigentlichen Aufgabe abgewichen und befinden sich mehr mit weltlichen Sachen als mit der Pflege des Seelenheils der ihnen angetrauten Gemeindemitglieder. Auch dieser Redner sprach sich in entschiedener Weise gegen den Vorschlag des Generalsuperintendenten aus.

Herr Generaluperintendent Kreier-Bierer führte an, daß die Einführung der polnischen Sprache in den katholischen evangelischen Schulen auf die Zukunft des Generalsuperintendenten zu schädigen sei, der sich nicht schaute, ob der Krakauer deutscherhegeleben Tagung am 10. April 1921 als Ehrengäste figurieren zu dürfen. Die Spaltung in unserer Kirche kommt von oben.

Hierauf trat Herr P. Bursche das Wort.

Der Vorsitzende des B. D. D. P., Herr Dr. v. Behrens erklärte hierauf, daß er und seine Freunde sich an der Gründung der Organisation auf keinen Fall beteiligen werden, da er darin eine ganz überflüssige verdeckte politische Organisation erblickt.

Herr König wies darauf hin, daß der Vorsitz der Generalsuperintendenten auf stärke Opposition bei den Versammlungen gestoßen sei. Dies habe seine trügerische Fähigkeit, die beiden Lieder deutschen Institutionen, die "Lieder für Freiheit" und die "Neue Sozialer Zeitung", die Konzertabendlungen unentzündlich veröffentlicht. Ihnen hielte sich der Reinerstag der Gesangsaufführung auf 51 450 Mark. Diese Summe ist deshalb so unverhältnismäßig geringfügig, weil das Verlagshaus Kompoxy die Eintrittskarten an Programme in dankenswerter Weise unterredet geleistet hat.

Heiner haben die beiden Lieder deutschen Institutionen, die "Lieder für Freiheit" und die "Neue Sozialer Zeitung", die Konzertabendlungen unentzündlich veröffentlicht. Ihnen hielte sich der Reinerstag der Gesangsaufführung auf 51 450 Mark. Dieser Betrag kommt dem Lodzer Kriegswaisenhaus und dem Hilfswerk für die Polgadenschen je zur Hälfte zu gute. Über diese Spenden, die uns zur Weiterleitung übergeben wurden, wird noch an anderer Stelle erörtert.

Wir können nicht umhin, den Veranstaltern in jeder Hinsicht so glänzend verlaufenden Gesangsaufführung im Namen der bedauerten Freunde der Sämmesgenossen unserer lieben Land auszusprechen. Möge das leuchtende Beispiel von Nächstenliebe, das die Lodzer Baptisten unbedingt gegeben haben, von allen denen nochgetragen werden, die seinem Unglück mitzufühlen noch nicht verliefen haben!

General Beilgowski traf gestern in Lodz ein.

Nicht erschien eine Stadtverordnete auf den Stadtratsitzungen. Hiermit wird bekannt gegeben, daß zu den Stadtratsitzungen, ohne sich zu rechtfertigen, nicht erschienen sind:

Am 25. Januar 1922: 1. Bednarek Antoni, 2. Binkowska Anna, 3. Dr. Graude Markus, 4. Hilscher Eduard, 5. Kaplan Abram Mojer, 6. Koenigberg A. S., 7. Kozanowicz Jozef, 8. Kropf Heinrich, 9. Maciak Jozef, 10. Dr. Margolis Al., 11. Ojczkowski Czeslaw, 12. Polak David, 13. Poniatowski Ch. L., 14. Zylwarczko Jozef, 15. Zynger Ester.

Am 31. Januar 1922: 1. Baumgarten Miron, 2. Binkowska Anna, 3. Dr. Graude Markus, 4. Hilscher Eduard, 5. Kaplan Abram Mojer, 6. Maciak Jozef, 7. Dr. Margolis Al., 8. Ojczkowski Czeslaw, 9. Polak David, 10. Poniatowski Ch. L., 11. Plucinski Stefan, 12. Wilczynski Wlodykow, 13. Zynger Ester.

Am dieser Stelle unterrichtet der Herr Generalsuperintendent den Redner und hindert ihn am Weiterreden. Dieses Verfahren muß einen großen Lärm bei gesamter Zuhörerschaft heror, was

ende die Überzeugung: es ist zu haben. Dank dem Gegenstand des heutigen Hauses, das nicht nur große Mittel sondern auch einen Bauplatz zur Verfügung stellen will, ist die baldige Schaffung eines neuen Theaters zu erwarten. Ausbreitung, die noch durch den scharfen Ostwind, der die Flammen mit Windgeschwindigkeit über das ganze Gebäude hinausfließt, verhindert wurde. Auch die Zeitung der Arbeiter wurde durch diese rasante Geschwindigkeit mit den Flammen und Rauch durch alle Stockwerke führen, sehr weinlich erschreckt. Die mangelnden Schutzvorrichtungen des Gebäudes und des Betriebes dürften in der Öffentlichkeit noch der Gegenstand weiterer Erörterung sein.

Eine zweite große Brandkatastrophe hatte Berlin beinahe, in denen Vorort Tempelhof das riesige Fabrikgebäude der bekannten Schokoladenfabrik Sarotti — wie kurz berichtet wurde — völlig zerstört. Der Brand der großen Fabrikshallen hat nicht nur durch die unerhörliche Hitze und Dauer des Feuers sehr heftig aufgezehrt, die mangelnden Schutzvorrichtungen des Gebäudes und des Betriebes dürften in der Öffentlichkeit noch der Gegenstand weiterer Erörterung sein.

Die zweite große Brandkatastrophe hatte Berlin

beinahe, in denen Vorort Tempelhof das riesige Fabrikgebäude der bekannten Schokoladenfabrik Sarotti — wie kurz berichtet wurde — völlig zerstört. Der Brand der großen Fabrikshallen hat nicht nur durch die unerhörliche Hitze und Dauer des Feuers sehr heftig aufgezehrt, die mangelnden Schutzvorrichtungen des Gebäudes und des Betriebes dürften in der Öffentlichkeit noch der Gegenstand weiterer Erörterung sein.

Herr Bursche den Anloß gibt, die Versammlung jäh zu unterbrechen und den Saal mit der Drohung zu verlassen mit eigenen Kräften und gegen den Willen der Gemeindemitglieder trotz aller Proteste sein im Vorau beschlossenes Vorhaben zu verhindern.

Zum Schluß stimmte Herr Triebel das alte Schutz- und Trutzlied "Ein feste Burg" an, worauf die Versammlung den Saal verließ.

Es ist höchst erstaunlich, daß die Evangelischen an diesem bedauernswerten Tage so viel unverfälschtes Interesse für das Schicksal ihrer Kirche und eine seltene Einmütigkeit bewiesen haben.

Todesfall. Heute wird ein guter Deutscher zu Grabe getragen: der Kaufmann und Kupferschmiedemeister Arthur Wilhelm Götzen. Nur 33 Jahre alt ist er am 5. Februar dem Schuhloch zum Opfer gefallen. Mit ihm sinkt ein braver Soldat in das Grab, dem sein Deutschtum über alles ging. Mit seinen Angehörigen trauern seine Freunde, für die er nie unermüdlich gesorgt hatte. Der Verstorbene war ein großer Freund der Kinder. Sein sehnlicher Wunsch war, für die deutschen Kinder in der Gegend der St. Matthäuskirche eine Freibeschule zu eröffnen — leider war es ihm nicht vergönnt, die Erfüllung der Seinen zu erleben. Möge der so früh Dahingegangene sanft ruhen!

Für den 8. Februar 1922.

Die Gründung der Bap-

ist ein

Wiederholung

der Bap-

</div

